

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 11. Juni. Der „Moniteur“ schreibt: Eine Depesche des französischen Consuls zu New-York vom 1. Juni meldet aus Veracruz über Havana: Puebla ist unser, Ortega hat sich mit 15,000 Mann bedingungslos ergeben. (Wolff's L. B.)

Wien, 10. Juni. Gestern fand der Ministerrath über die politische Angelegenheit statt. In Treumann's Theater brach in vergangener Nacht nach beendigter Vorstellung ein Feuer aus, welches das Gebäude in Asche legte.

Kassel, 10. Juni. Das heute ausgegebene „Gesetzblatt“ enthält ein vom 6. Mai datirtes Gesetz, die weiteren Bestimmungen über die Zusammenfassung der Stände-Versammlung betreffend, so wie ein Ministerialauschreiben vom heutigen Tage bezüglich der Wahl der ritterschaftlichen Landtagsabgeordneten.

Triest, 10. Juni. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten melden aus Hongkong vom 29. April, daß die Beantwortung des englischen Ultimatum an Japan noch nicht erfolgt war, weil der Teifun nach Osaka abgeseilt und das Ultimatum ihm nachgeschickt worden ist. Der japanische Gouverneur in Kanagawa hatte dem britischen Admiral erklärt, daß die Regierung zu schwach sei, den Mörder Richardsons, den Fürsten Shimadzu Saburo dafür zu strafen; man möge die demselben gehörigen Lufschiffen sequestriren; ein dem Fürsten gehöriger Dampfer ist weggenommen worden. Zu Yokohama lagen 8 britische Schiffe und wurden noch 5 andere erwartet. Die britischen Unterthanen in Japan sind angewiesen worden, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.

Preußen.

Berlin, 11. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Registrator bei dem Charite-Krankenhaus zu Berlin, Kanzleirath Barthelmé, und dem Steuer-Einnehmer Paß zu Paderborn den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Ober-Steuer-Controleur, Steuer-Inspector Cremer zu Crefeld, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Brückgeld-Erheber Berth zu Küstrin und dem Sammetband-Webermeister Peter Theodor Köhnen zu Gräfrath, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kandidaten der Universitäts-Rasse zu Königsberg, Hofrath Pfeiffer, das Prädikat eines Geheimen Rechnungsraths; und dem Kreisgerichts-Secretär und Kanzlei-Director Kozier in Thorn bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Landgerichts-Assessor Servaes aus Elberfeld ist zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichts hiesig zu Köln ernannt worden. — Der ordentliche Lehrer Dr. Ulysses Kowicz am Marien-Gymnasium zu Posen ist zum Oberlehrer befördert worden. — Der ordentliche Lehrer Walbeyer am Gymnasium zu Neuß ist zum Oberlehrer befördert worden. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Secundo-Lieutenant à la suite der Armee Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Commandeurkreuzes erster Klasse des Guelphen-Ordens zu erteilen. (St.-A.)

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1863 festzusetzende Dividende der preussischen Bankanteils-Scheine wird vom 1. Juli dieses Jahres ab die erste halbjährige Zahlung von zwei und ein-Viertel-Procent oder „22 Thaler und 15 Sgr. Courant“

für den Dividendenschein Nr. 33 bei der Haupt-Bank-Kasse zu Berlin, bei den Provinzial-Bank-Comptoirs zu Breslau, Köln, Danzig, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Münster, Posen und Stettin, sowie auch bei den Bank-Kommanditen zu Aachen, Bielefeld, Bromberg, Koblenz, Cöln, Crefeld, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Ebing, Frankfurt a. d. O., Gleiwitz, Glogau, Götting, Graudenz, Halle a. d. S., Landsberg a. d. W., Memel, Nordhausen, Siegen, Straßburg, Stolp, Thorn und Tilsit erfolgen.

Berlin, den 10. Juni 1863.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten,
Chef der preussischen Bank.
Graf v. Bismarck.

Babelsberg, 9. Juni. [Se. Majestät der König] besichtigten heute früh 11 1/2 Uhr im Lustgarten von Potsdam eine Compagnie des 20. Landwehr-Regiments, nahmen dann den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Bernuth und des Militärs-Cabinet's entgegen und empfingen außerdem den kaiserlich russischen General Grafen Adlerberg. Zum Diner geladen waren der ehemalige niederländische Gesandte am diesseitigen Hofe, von Schimmelpenninck von der Dye, der Geheim-Legationsrath v. Neumont, der General-Intendant von Hülßen, Graf Lynar und Ober-Baurath Strauß. Den Thee werden Ihre königl. Majestäten heute in Sanssouci bei Ihrer Majestät der Königin Wittve einnehmen.

Berlin, 10. Juni. [Die Königin.] Nach der „Volkszeitung“ ist von einer Reise Ihrer Majestät der Königin nach England die Rede. — Der Cabinets-Secretär der Königin, Dr. Brandis, ist nach einer längeren Reise durch Frankreich, Spanien u. von Bonn hierher zurückgekehrt.

[Die Ansprache des Kronprinzen in Danzig.] Die reaktionäre „Zeitung des Kronprinzen“ schreibt in Bezug auf die Ansprache Sr. kgl. Hoheit des Kronprinzen in Danzig: „Es ist uns von vornherein nicht zweifelhaft gewesen, daß bei dem bekannten Vorgange in Danzig, welcher ein leicht erklärliches Aufsehen gemacht hat, die Person des Oberbürgermeisters v. Winter mehr in Action gewesen sei, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Freunde des Herrn v. Winter kommen unserer Combination dabei zu Hilfe. In verschiedenen liberalen Blättern ist zu lesen, daß Herr v. Winter sich schon bei der Abreise Sr. kgl. Hoheit des Kronprinzen auf dem Bahnhofe in Berlin eingefunden habe und von dem Prinzen eingeladen worden sei, mit dem königlichen Wagen zu fahren. Diese Begegnung ist jedenfalls, wenn auch nicht für Herrn v. Winter, eine unerwartete gewesen. Als eine Folge derselben darf der in dem Reise-Programme, wie versichert wird, nicht vorhergesehene Besuch Seiner königl. Hoheit auf dem Gute des Herrn von Winter angesehen werden. Es liegt die Vermuthung nahe, daß Herr v. Winter bei seiner bekannten Stellung zu unseren politischen Verhältnissen Nichts verschämt haben werde, um die Stimmung der Bevölkerung Danzigs aus dem angeblichen Grunde auf eine Weise darzustellen, welche einen gewissen Eindruck auf Se. königliche Hoheit nicht verfehlen zu haben scheint. Wir sind unersättlich über das Verhalten Danzigs und über die Worte und Thaten seines Oberbürgermeisters nicht im Geringsten überrascht. Wir glauben aber, daß die Staatsregierung an diesen und anderen Beispielen der letzten Wochen erkennen wird, was es für Folgen hat, wenn bei der Beförderung aus-

gesprochener oppositioneller Beamten, sowie bei der Befestigung solcher Persönlichkeiten in den wichtigsten Communal-Aemtern Rücksicht der Gemüthlichkeit und der Schwäche mehr gelten, als höhere politische Interessen. Möchte die Regierung aus den jetzigen Erfahrungen wenigstens den Anlaß nehmen, bei den noch bevorstehenden Befestigungen vorsichtiger zu Werke zu gehen.“ (Das ist Alles möglich und nicht möglich, was hier die „Feudale Correspondenz“ schwagt. Die Hauptsache aber ist und bleibt, daß die Ansprache Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen nicht demotirt wird.)

[Die Magistrats-Sitzung.] Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „In einer auf gestern (Dinstag) Mittag anberaumten außerordentlichen Sitzung des hiesigen Magistrats wurde das bereits erwähnte Rescript der Regierung zu Potsdam, welches die Ausführung des Stadtverordneten-Beschlusses vom 4. d. Mts. definitiv untersagt, mitgetheilt. Wie wir hören, wurde der Antrag gestellt, gegen die Entscheidung der Regierung den Beschwerdeweg beim kgl. Ober-Präsidium zu betreten, indeß mit Rücksicht auf das im letzten Blatte mitgetheilte Ministerial-Rescript vom 6. d. M. als nutzlos bekämpft und schließlich verworfen. Auch der Antrag, von Seiten des Magistrats allein und ohne Zuziehung der Stadtverordneten eine Adresse an Se. Maj. den König zu richten, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Daß die Ausführung des Stadtverordneten-Beschlusses unterlagende Rescript der Regierung wird nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung einfach mitgetheilt werden.“

[Zur Presse.] Der „Allg. Ztg.“ und der „Pos. Ztg.“ sind Verwarnungen wegen ihres Beitritts zu der Erklärung der sechs berliner Zeitungen zugegangen.

[Dr. v. Gräfe.] Wie wir hören, ist dem Professor Dr. v. Gräfe der Charakter eines Geheimen Medizinal-Rathes von des Königs Majestät verliehen worden.

Stettin, 9. Juni. [Die Stadtverordneten.] Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stand der Bericht der in der vorigen Sitzung ernannten Commission zur Verabreichung über den Antrag der Herren Guchel und Genossen, welcher dahin ging, „zu berathen, in wie weit die kommunalen Interessen Stettins durch die gegenwärtige Lage des Landes berührt werden, und welche Schritte etwa in dieser Beziehung zu thun seien“. Zu Anfang der Sitzung verlas der Stadtverordneten-Vorsteher Sauer eine Anzahl Schriftstücke, welche in Bezug auf diesen Antrag zwischen der k. Regierung, dem Magistrat und dem Vorsteher gewechselt sind. Das letzte besteht in einer von gestern datirten Verfügung der königl. Regierung an den Vorsteher, in welcher ihm bei 100 Thaler Strafe verboten wird, den Bericht der Commission (welche den Antrag auf eine Adresse an Se. Majestät den König gestellt hatte) zur Verabreichung zu bringen. Der Herr Vorsteher erklärte, daß er sich diesem Befehl füge, und demgemäß den Gegenstand von der Tagesordnung absetze; er glaube so handeln zu müssen, da ein Widerstand doch fruchtlos sein, vielmehr die Interessen der Stadt vielleicht in Gefahr bringen würde. Hierauf stellte Justizrath Dr. Zachariae folgenden dringlichen Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen: 1) über die Verabreichung der königl. Regierung an den Stadtverordneten-Vorsteher bei den vorgelegten Behörden Beschwerde zu führen; 2) den Magistrat einzuladen, sich dieser Beschwerde anzuschließen.“ — Nachdem die Dringlichkeit des Antrages genehmigt war, wurde derselbe von dem Antragsteller in längerer Rede motivirt; dagegen sprach Justizrath v. Dewitz, dafür Dr. Amelung, welcher jedoch folgendes Amendement stellte: „In Erwägung, daß die Beschwerde über die Verabreichung der königl. Regierung vom 8. d. Mts. bei den höheren Behörden nach der Ministerial-Verfügung vom 6. d. Mts. vollständig aussichtslos ist, beschließt die Stadtverordneten-Versammlung, bei Sr. Majestät dem Könige eine Audienz für eine Deputation zu erbitten, um Sr. Majestät ehrfurchtsvoll vorzustellen, daß durch die Verfügung der königl. Regierung vom 8. d. Mts. den Stadtverordneten das ihnen gesetzmäßig zustehende Recht verkümmert wird, mit ihren Gesuchen dem Throne Sr. Majestät zu nahen, und daß Se. Majestät unterthänigst gebeten wird, dem Abhilfe zu schaffen. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle ihren Vorsteher und vier Mitglieder zu dieser Deputation ernennen, um Sr. Maj. dem Könige mündlich und nöthigenfalls schriftlich dies Gesuch im Namen der Stadtverordneten-Versammlung ehrfurchtsvoll vorzutragen, und wolle auch dem Magistrat von dem gefassten Beschlusse Kenntniß geben, mit dem Ersuchen, zu gleichem Zwecke an Se. Maj. den König auch aus der Mitte des Magistrats eine Deputation zu senden.“ — Gegen den Antrag und das Amendement sprachen dann noch Prof. Schmidt und Justizrath Pischky; worauf die Debatte geschlossen wurde. Justizrath Zachariae sprach schließlich nochmals als Antragsteller und erklärte, daß er dem Amendement beistimme. Das Amendement wurde darauf in geheimer (von Justizrath v. Dewitz beantragter) Abstimmung mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Zu Mitgliedern der danach beschlossenen Deputation wurden erwählt: Kaufmann Lüderitz mit 44 St., Dr. Amelung mit 32 St., Kaufmann de la Barre mit 33 St., Justizrath Zachariae mit 30 St. — Der allerdings nur kleine Zuhörerraum war während dieser Verhandlungen gefüllt. (Nat.-Ztg.)

Gumbinnen, 8. Juni. [Zur Reise des Kronprinzen.] In der heute hier abgehaltenen General-Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Litthauen und Masuren wurde der von einem Mitgliede gestellte Antrag, der Verein solle den Kronprinzen, den Protector des Vereins — bei seiner demnächstigen Ankunft in Gumbinnen durch eine Deputation aus seiner Mitte begrüßen, durch Mehrheit der Stimmen abgelehnt. Die ablehnende Majorität erklärte, daß sie den Protector des Vereins, der für ihn so viel gethan, gewiß mit Freuden begrüßen würde, aber die Lage des Landes verhindere dies. (Pr.-L. Z.)

Gumbinnen, 9. Juni. Wie wir soeben aus glaubwürdiger Quelle vernehmen, sind in der Reiseroute des Kronprinzen Veränderungen eingetreten; er wird am 14. d. M. nicht hierher, sondern nach Tilsit gehen. Der Zeitpunkt seiner Ankunft hier soll noch unbestimmt sein. (Pr.-L. Z.)

Bonn, 7. Juni. [Studenten] wollten zu Ehren des Abgeordneten Prof. Dr. v. Seydel einen Fackelzug veranstalten; es wurde ihnen aber, der „R. Z.“ zufolge, die polizeiliche Erlaubniß dazu nicht erteilt. Sie wollen nun wenigstens einen Commerc halten.

Solingen, 8. Juni. [Stadtverordneten-Versammlung.] Auf den Antrag von sieben Stadtverordneten hatte der Herr Bürger-

meister Trip dahier auf heute Vormittag das Stadtverordneten-Collegium zusammenberufen, um, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Landes, zu einer geeigneten Beschlußnahme in Verabreichung zu treten. Vor Beginn der beschlossenen Verhandlung verlas der Hr. Bürgermeister ein Schreiben der landrätlichen Behörde, worin derselbe, namens der königlichen Regierung, veranlaßt wurde, die erfolgte Einladung aufzuheben, event. die Verhandlung auf Grund des § 34 der Städte-Ordnung zu verhindern. Die Mehrzahl der anwesenden Stadtverordneten begab sich darauf in's Casino-Gebäude, wo der Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König einstimmig beschloffen wurde. (R. Z.)

M. Gladbach, 9. Juni. [Politische Versammlung.] Gestern Abend fand im Noever'schen Saale hier eine sehr zahlreich besuchte Wahlmänner- und Urwähler-Versammlung des Wahlkreises Gladbach statt zur Begrüßung der Abgeordneten des Kreises, der Herren August May und Präsident Kraß. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolution:

Die zur Bewillkommung ihrer Abgeordneten, der Herren Kraß und May heute hier erschienenen Wahlmänner und Urwähler erklären ihre volle Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, namentlich aber mit dessen an Se. Majestät den König gerichteten Adresse vom 22ten Mai d. J. — Sie sprechen ihren Abgeordneten, den Herren Kraß und May ihren warmsten Dank für ihre verfassungsmäßige Wirkksamkeit im hohen Hause der Abgeordneten aus. (Ab. Z.)

Elberfeld, 9. Juni. [Für das Abgeordnetenhaus.] Gestern Abend fand in der Schützenhalle zu Barmen eine zahlreiche Versammlung von Wahlmännern des Wahlkreises Elberfeld-Barmen statt, um eine Zustimmung-Adresse an das Haus der Abgeordneten zu beschließen, welche dem Präsidenten desselben, Hrn. Grabow, zugestellt werden soll. Die Versammlung einigte sich zu der Absendung folgender einfachen, aber genügenden Adresse:

Die unterzeichneten Wahlmänner des Wahlkreises von Elberfeld und Barmen erklären:

„Wir befinden uns mit dem Verhalten des Abgeordnetenhauses in voller Uebereinstimmung und sprechen demselben unsern Dank aus.“

Barmen und Elberfeld.
(Folgen die Unterschriften.)

Eine einfache, kurze Erklärung ohne Zusätze wurde deshalb vorgelesen, weil durch diese Art der Abfassung der bei weitem größte Theil der Wahlmänner unterschreiben wird und es heut zu Tage mehr auf einmüthiges Zusammenhalten, als auf einige Worte mehr oder weniger ankommt. Das alte Sprichwort: „Einigkeit macht stark“ wurde auch der gestrigen Zusammenkunft zu Grunde gelegt.

Deutschland.

Von der Elbe, 8. Juni. [Gegen die Bundesexecution.] Eine starke Partei regt sich in Altona gegen jede Bundesexecution oder Pfandnahme und denkt sogar zu offenen Demonstrationen überzugehen, denen dänischerseits wahrscheinlich eher Vorstoß geleistet als Hindernisse bereitet werden, wenigleich von dorthier gerade jetzt ein Streit mit den städtischen Behörden wegen deren direktem Verkehr mit den Hamburgern ohne Grund begonnen ist. Zwei Richtungen scheinen sich zu dieser Widersehung gegen Einzug von Bundesstruppen zu einigen; voran steht die antiritterchaftliche, demokratische, welche nach der Freiheit verlangt, wie sie das kopenhagener Volk besitzt, und als Hinderniß derselben die ritterschaftliche Opposition ansieht, oder ansehen will, als welche sie das Auftreten der Stände selbst charakterisiren möchte. Diese Partei, die sich vorzüglich nur in Altona findet, ist keine nationale und thut sich auf ihre Antipathie gegen die Augensburger etwas zu Gute. Die andere ist aber beachtenswerther, sie fürchtet die Halbscheit der einzuschlagenden Maßregeln und in Folge davon, weil der Bund doch nur immer auf Holstein, nicht auf Schleswig-Holstein hinaus wollte, die Gefahr einer vollen, gewaltsamen Abtrennung von Schleswig, wofür Holstein am Ende noch die Kosten bezahlen müßte. Sie hat Recht, wenn von Seiten Deutschlands der Krieg für Schleswig gescheut werden sollte; ihre Befürchtungen würden schwinden, wenn, was leider nicht der Fall, der oldenburger Antrag Aussicht auf Annahme hätte.

Altona, 9. Juni. [Verbot.] Die königl. holsteinische Regierung in Ploen, welche bis jetzt nur durch Zeitungsverbote geklärt hat, hat jetzt das auf den 28. und 29. Juni anberaumte allgemeine Schleswig-holstein-lauenburgische Turnfest verboten.

Italien.

[Antonelli. — Die preussische Gesandtschaft.] Der Cardinal-Staatssecretär Antonelli nimmt seinen amtlichen Beziehungen gegenüber täglich mehr die frühere Stellung ein, welche, wie bekannt, seit Faust's Verhaftung nach verschiedenen Seiten hin sehr locker geworden war. Das Eine ist gewiß, daß er selber nun von keiner Gnade für seinen einstigen Hausmeister und Vertrauten hören mag. — Im Personal der hiesigen preussischen Gesandtschaft ist nach dem Abgange des Freiherrn v. Canitz eine weitere Veränderung eingetreten. An die Stelle des Grafen Lynar kam als Gesandtschaftssecretär Graf Dönhoff.

Großbritannien.

E. C. London, 8. Juni. [Der Ward Jackson.] Man meldet, die schwedische Regierung habe sich endlich nach vielen Schwierigkeiten entschlossen, das in Malmö mit Beschlag belegte englische Dampfschiff, auf dem sich 200 Polen befanden, die von dem Polen-comite in London nach Curland geschickt wurden, seinen Eigenthümern zurückgeben zu lassen. Die auf demselben Schiffe mit Beschlag belegten Waffen und Kriegsmunitionen bleiben dagegen zum Vortheil des Staates confiscirt.

[Vornirte Orthodoxie.] In Schottland hat sich ein Streit über dem Grabe des Prinzen Albert entzündet. Die schottischen Geistlichen, die sich bekanntlich nicht durch die Weihe ihres Gesichtskreises auszeichnen, haben herausgefunden, daß das Andenken des verehrten Fürsten mißbraucht wird, um „Popery“ am Hofe und durch dessen Vermittelung im vereinigten Königreiche einzuschmuggeln. Die Inschrift für das Denkmal, das die Königin ihrem Gemahl bei Balmoral hat setzen lassen, ist nämlich aus der „Weisheit Salomons“, also aus einem apokryphischen Buche genommen. Dieses Stück Papiismus hat böses Blut in Schottland erregt. Geistliche predigen von offener Kanzel gegen eine gewisse, vom Hofe begünstigte, Partei der anglikanischen Kirche, deren Abicht es sei, Großbritannien um seinen protestantischen Glauben zu betrügen und mit berechneter Schlaueit dem Papste in die Arme zu führen. Ein Dr. Candlish, der unter den schottischen Gottesgelehrten große Autorität genießt, erklärte vor der schottischen Kirchenversammlung unter allgemeinem Beifall: „daß Schottland dieses Monument nur als eine Insulte gegen die Bibel, welche Schottland liebt, und gegen die Religion, welche Schottland ererbt hat, betrachten kann!“ Was doch der Mensch für Sorge — Und ach! was für Macht!

